

Quelle

Datum

Bonn im Bündnis – unberechenbar?

VON JOSEF JOFFE

Viel Fortüne haben Gerhard Stoltenbergs neun Vorgänger im Verteidigungsministerium nicht gehabt – von Theodor Blank bis Rupert Scholz. Es ist – so der SPD-Militärexperte Erwin Horn – „ein mörderisches Amt“, das keiner „physisch und psychisch so verläßt, wie er es angetreten hat“. Auf dem „Schleudersitz“ wurden Bundeskarrieren gestoppt (siehe F. J. Strauß) oder schlicht beendet (siehe Hans Apel und Manfred Wörner). Nur einem einzigen Minister, dem nachmaligen Kanzler Helmut Schmidt, ist nach zwei Jahren auf der Hardthöhe noch Höheres gelungen – und das vielleicht nur, weil ihm nicht genug Zeit im Amt blieb, um dort verschlissen zu werden.

Historischer Einschnitt

Pech haben fast alle Hardthöhen-Herren gehabt – ob Kai-Uwe von Hassel mit seinem „Starfighter“ oder Manfred Wörner mit seinem General Kießling. Und doch haftet dem Fall Scholz etwas Besonderes an, das einen historischen Einschnitt ahnen läßt. Mag sein, daß der Professor der Jurisprudenz „kalt“ und „arrogant“ gewesen ist; mag auch sein, daß die Herrschaftsmechanismen der Bonner Republik inzwischen so abgeschottet und normiert sind, daß „Seiteneinsteiger“ wie falsche Rädchen zermahlen werden. Doch ob's der Mann oder das Malheur war – im vergangenen Jahr kam eine neue Hypothek hinzu, die auch Stoltenberg und dessen Nachfolger bedrängen wird: Die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik, die 40 Jahre lang ein paar simplen, aber ehren Geboten gehorchte, ist im Umbruch.

Abschreckung, Allianz und Amerika – an diesen drei Pfeilern der klassischen deutschen Sicherheitspolitik nagen die Zeitläufte. Entweder hatte Rupert Scholz es nicht erkannt – oder geglaubt, daß der Prozeß innerhalb des Traditionsrahmens aufgehalten, verlangsamt oder kanalisiert werden konnte. Wie Stoltenberg damit fertig werden will, steht am Tag zwei seiner Amtszeit noch in den Sternen – zumal angesichts einer Regierung, die ob des Machterhalts so manches heute als Ballast betrachtet, was gestern noch hoch und heilig war. Stoltenberg wurde verschoben, nicht erhoben. Er ist kein „Verteidigungsexperte im engeren Sinne“ (Stoltenberg über sich selbst), und sein politisches Gewicht – einst wurde er als Kohl-Nachfolger gehandelt – ist dahingeschmolzen. Freilich, mit einem Pfunde kann der neue Minister wuchern: Er ist tief im CDU-Establishment verwurzelt, er kennt die Fallen und Stricke von Bonn, er hat eine Hausmacht in der Partei. Ihn zu demonstrieren, wird also nicht so leicht sein.

Der Mann im Schleudersitz

Doch der Mann im Schleudersitz ist nicht nur Bundeswehr- und Beschaf-

fungs-, sondern auch Bündnisminister. Und dort, im Bündnis, brennt es. Ein Schmelzbrand ist es zwar noch, der etwa in der Frage der Nuklear-Modernisierung noch eine Weile durch Formelkompromisse eingedämmt werden kann. Aber das Problem geht tiefer. Ein Brit hat es auf der jüngsten Wehrkunde-Tagung in München – vielleicht übertrieben – so definiert: „Sind die Deutschen dabei, sich unbewußt aus der NATO zu entfernen?“ Man kann es präziser und ausgewogener ausdrücken: Die Westdeutschen stehen nach wie vor hinter der NATO, der amerikanischen Präsenz und der Bundeswehr; tatsächlich sind die Zustimmungsraten in der Öffentlichkeit – rund 80 Prozent – heute sogar höher als in den 70er Jahren. Nur: Die Bundesbürger sind heute anscheinend nicht mehr bereit, den alten Preis für diesen beruhigenden Besitzstand zu bezahlen. Sie wünschen sich, so die Meinungsumfragen, die Entnuklearisierung der westeuropäischen Verteidigung (79 Prozent); sie sind gegen Tiefflüge, Großmanöver und Wehrdienstverlängerung.

Gestern noch – so CSU-Chef Theo Waigel – hatte Bonn mit der Verlängerung „unsere Verteidigungsbereitschaft gegenüber den Partnern“ unterstreichen wollen, und die FDP unterstrich mit. Heute aber gelten „neue Zahlen“ oder neue Bewertungen. Ist also heute falsch, was gestern richtig war – oder war es schon immer falsch? Hat man sich dann zum Jahresbeginn der Bündnisräson unterworfen, und wenn ja, warum gilt sie heute nicht mehr? Im Vorjahr noch hat Kanzler Kohl jedem Allianz-Emissär (inoffiziell) versichert, daß die Lance-Nachfolge nicht am deutschen Willen scheitern und das „Gesamtkonzept“ Abrüstung und Modernisierung zu einem festen Paket verschnürt werde. Inzwischen ist das von den Deutschen angemahnte Gesamtkonzept nicht zuletzt wegen der Bonner Hinhaltetaktik zum bitterbösen Witz in der NATO geworden, und die Modernisierung wird auf Bonner Betreiben verschoben – vielleicht nach 1991 auch aufgehoben.

Die Erklärung für das Winden und Wenden ist simpel; sie liegt in Berlin und Frankfurt sowie in den Meinungsumfragen, die vernichtende Wahlniederlagen für die Union vorhersagen. Gewiß, ein demokratisches Regime kann und darf nicht am Wählerwillen vorbeiregieren. Dennoch muß eine jede Regierung eine erträgliche Balance zwischen Partei- und Staatsräson schaffen, und diese Balance ist in den letzten Wochen verlorengegangen. In Washington, London und Paris ist die Bundesrepublik zur unberechenbaren Größe geworden, und das hilft niemandem – nicht einmal einem Gorbatschow, dessen

Gefolgsleute inzwischen überall verkünden, daß sie den Fortbestand der NATO wünschen, mitsamt einer darin verankerten Bundesrepublik.

Uralt-Dilemma der Allianz

Das Problem wiegt um so schwerer als Amerika, der andere Zugwagen der NATO, ebenfalls Abkopplungssymptome zeigt. Das Uralt-Dilemma der Allianz – wie kann eine atomare Garantie bestehen, welche das Risiko der Selbstauslöschung beinhaltet – haben die USA nolens volens mit dem INF-Vertrag von 1987 so zu ihren Gunsten gewendet, daß nun die Mittelstreckenwaffen abgezogen werden, die für den Schicksalsverbund USA-Europa stehen. Was Wunder, daß seitdem die Deutschen – links wie rechts – darauf pochen, ihr Nuklear-Risiko ebenfalls zu verringern: durch Abbau der Kurzstrecken-Waffen, die nur Zentraleuropa verwüsten können.

Damit rückt die konventionelle Abschreckung um so stärker nach vorn. Aber wenn die Deutschen den Amerikanern ihre Atomwaffen verweigern, was vier Fünftel der Bürger sich anscheinend wünschen, werden deren Truppen – was vier Fünftel ebenfalls wollen – dann trotzdem hierbleiben? Wird die Bundeswehr einseitig gekappt, werden die anderen, die hier auf Posten stehen – Amerikaner, Kanadier, Briten, Franzosen –, dann wehrwilliger sein als die Deutschen? Truppen- und Waffenzahlen in Zentraleuropa sind gewiß nicht in Erz gegossen, aber den Bonnern müßte schleunigst wieder klarwerden, daß sie eine andere Rolle in der Allianz spielen als etwa die Dänen oder die Belgier. Was Bonn tut oder unterläßt, hat Konsequenzen.

Daran ändert auch die Bonner Vorreiterrolle in der Abrüstungs- und Ostpolitik herzlich wenig. Europa steht jetzt vor der historischen Chance, die schlimmsten Folgen des Zweiten Weltkrieges zu mildern oder zu überwinden. Doch für Gorbatschow ist Bonn nur solange interessant, wie dessen Stimme im Bündnis gehört wird. Und dort hängt der Einfluß der Bundesrepublik wiederum von ihrer Verlässlichkeit und Berechenbarkeit ab. Dies wissen Stoltenberg, Kohl und Genscher. Selbst eine rot-grüne Koalition würde sich dieser Einsicht nicht verschließen können.